

Stellungnahme der ÖFG zu den laufenden Budgetgesprächen zwischen den Universitäten und der Bundesregierung

Die Österreichische Forschungsgemeinschaft appelliert an die Österreichische Bundesregierung, die Universitäten sowie alle Bildungs-, Forschungs- und Forschungsförderungseinrichtungen des Landes ressourcenmäßig so auszustatten, dass sie in der derzeit und wohl auch künftig angespannten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation ihren Anforderungen nachkommen können und damit zukunftsfähig bleiben. Sie tut dies im Hinblick auf die folgenden drei grundsätzlichen Gesichtspunkte:

Unabhängig davon, in welcher finanziell günstigen oder schwierigen Lage sich der Staat gerade befindet, gilt, dass Bildung die wichtigste Ressource zur Lösung aller Probleme ist, welche die Gesellschaft zu bewältigen hat. Je verbreiteter und je höher Bildung in einer Gesellschaft greift, umso mehr verfügt sie über Potentiale, den Herausforderungen zu begegnen, die sich ihr sowohl im nationalen wie auch im globalen Zusammenhang stellen. In Bildung auf allen Ebenen kann daher staatlicherseits nie genug investiert werden. Die Zukunftswilligkeit und Zukunftsfähigkeit eines Staates bemessen sich daran, wie nachdrücklich er sich zum Wert von Bildung bekennt und keinerlei Mittel scheut, dieses Bekenntnis glaubhaft zu machen. Umgekehrt zeugt das Einbremsen von Bildungsinvestitionen nicht nur von Kurzsichtigkeit, sondern auch von einer Fehleinschätzung dessen, was Bildung gesamtgesellschaftlich bedeutet.

Investitionen in die Bildung stellen darüber hinaus Investitionen in künftige Generationen dar. Diesen gegenüber gilt es nicht allein deren Menschenrecht auf Bildung zu achten. Sie haben gerechterweise auch einen Anspruch darauf, zu ihrer Zeit über dieselben Möglichkeiten und Chancen zur Gestaltung ihres Lebens und ihrer Zukunft zu verfügen wie die gegenwärtigen Generationen. Schon seit langem steht freilich der Vorwurf im Raum, dass die heutige Welt in einem nicht mehr verantwortbaren Ausmaß auf Kosten der künftigen Welt unterwegs ist. Gerade bei vielen Maßnahmen, die zur Bewältigung der derzeitigen Krisensituation getroffen werden, ist die Generationengerechtigkeit eine essentielle Frage. Angesichts der bereits jetzt bekannten Hypothesen, die den künftigen Generationen unvermeidlich zugemutet sind, wäre es mehrfach unverantwortlich, diesen nun noch die Zukunftschancen, die ihnen durch ein Höchstmaß an Bildung zuwachsen können, zu reduzieren.

Österreich hat in den jüngst vergangenen Jahren erheblich zusätzliche Mittel in die Hand genommen, um die Betreuungsrelationen an den Universitäten zu verbessern sowie die internationale Konkurrenzfähigkeit der Forschung an allen Forschungseinrichtungen zu steigern. Dies geschah nicht zuletzt durch die Schaffung vieler neuer Personalstellen sowohl im regulären Hochschulbetrieb als auch im Rahmen von Wissenschafts- und Kunstprojekten sowie durch Absicherung der Budgets der zentralen Forschungsförderungseinrichtungen. Hierbei kamen insbesondere junge Nachwuchskräfte zum Zuge. Die derzeit sich abzeichnenden Sparzwänge, die Universitäten und Forschungseinrichtungen gleichermaßen drohen, wenn sie nicht ausreichend dotiert werden sollten, träfen diese inzwischen neu engagierten Forscher und Forscherinnen am allermeisten. Müssten ihre Stellen – und damit auch sie selbst – wieder abgebaut werden, hieße dies: Viele der erst kürzlich getätigten Investitionen im gesamten Hochschulbereich wären umsonst gewesen. Die internationale Konkurrenzfähigkeit des Forschungsstandorts Österreich erlitt einmal mehr spürbare Einbußen. Das Signal an die Jugend, die sich für Wissenschaft und Forschung im Interesse ihrer eigenen sowie der gesamtgesellschaftlichen Zukunft entscheiden will, wäre fatal, ein Abwandern vieler Talente die unmittelbare Folge.